

RENTEN SICHERN – DAS SIND DIE IDEEN

2. Säule: Reform in der Sackgasse

Darum geht es

Um die Umverteilung von Jung zu Alt zu verringern, soll der obligatorische Umwandlungssatz von 6,8 auf 6 Prozent gesenkt werden, darauf hat man sich geeinigt. Differenzen gibts bei der Frage, ab welcher Lohnhöhe man in die zweite Säule einzahlt. Das ist wichtig für Teilzeitangestellte und Geringverdienende. Der Knackpunkt sind allerdings die Rentenzuschläge für die Übergangsgeneration. Drei Modelle konkurrieren.

Das Modell Bundesrat (Sozialpartnerkompromiss)

100, 150 respektive 200 Franken mehr Rente im Monat lebenslang für alle Versicherten der ersten betroffenen 15 Jahrgänge. Ab Jahrgang 16 legt der Bundesrat den Zuschlag fest. Kein Neurentner geht leer aus. Selbst dann

nicht, wenn er überobligatorisch versichert ist und den gesenkten Umwandlungssatz nicht spürt. Alle Arbeitgebenden und -nehmenden zahlen gemeinsam 0,5 Lohnprozente zur Finanzierung.

Das Modell Ständerat

Ein lebenslanger Zuschlag für die ersten 15 Jahrgänge. 200 Franken mehr im Monat gibts nur bei einem Altersguthaben unter 215 100 Franken, wer mehr hat, bekommt weniger. Ab Altersguthaben 430 200 Franken gibts gar keinen Zuschlag. So geht die Hälfte der Neurentner leer aus, ein Teil der Renten sinkt. Finanzierung: 15 Jahre lang Beiträge der PKs an den auszahlenden Sicherheitsfonds.

Das Modell Nationalrat

Das überobligatorische Altersguthaben wird mitge-

zählt. Zuschläge erhält nur, wer unter dem Strich weniger Rente hätte. Sie werden vorab aus den Reserven der Kassen und PK-Beiträgen an den Sicherheitsfonds finanziert. Knapp zwei Drittel der Versicherten gehen leer aus.

Argumente gegen das Bundesratsmodell

Zu teuer. Die meisten hätten keine Einbussen, da sie überobligatorisch versichert sind und faktisch einen tieferen Umwandlungssatz haben.

Argumente gegen die Modelle des Parlaments

Wenn nur eine Minderheit Zuschläge erhält und ein Teil der Versicherten unter dem Strich weniger Rente hätte als jetzt, sei das nicht mehrheitsfähig. Die Situation von Frauen mit kleinen Pensen würde zu wenig verbessert.

Wer ist für was?

Die Bürgerlichen wollen keine Zuschläge «mit der Giesskanne». Linke, Grüne und Gewerkschaften sind für das Bundesratsmodell und drohen mit einem Referendum.

Wer würde profitieren?

Beim Bundesratsmodell profitieren die ersten betroffenen Jahrgänge am meisten. Bei den Parlamentsmodellen müssen Gutverdienende am wenigsten für eine solidarische Finanzierung abgeben.

Wie gehts weiter?

Die beiden Varianten gehen noch in die Differenzbereinigung. Doch am Ende haben die Versionen des Parlaments und des Bundesrats wohl zu viele Gegnerinnen und Gegner, um eine Volksabstimmung zu überstehen.

Die Renteninitiative: Länger arbeiten

Darum geht es

Die 2021 eingereichte Renteninitiative der Jungfreisinnigen will das Rentenalter stufenweise auf 66 Jahre anheben. Später soll es jährlich an die Lebenserwartung angepasst werden. Der Bundesrat lehnt die Initiative ab. Nun kommt sie ins Parlament.

Argumente dafür

Die Schweiz soll wie andere Länder das Rentenalter an den demografischen Wandel anpassen. So gehe man das Problem an der Ursache

an, schreibt das Initiativkomitee, dem viele Politikerinnen und Politiker von FDP und SVP angehören. Sonst müsse man Renten kürzen oder Steuern erhöhen.

Argumente dagegen

Der Bundesrat findet ein höheres Rentenalter zwar «berechtigt», kritisiert aber, dass ein Automatismus die Situation auf dem Arbeitsmarkt nicht berücksichtigt. Die Initiative gebe Politik und Volk keinen Spielraum, um auch andere Kriterien einzubeziehen. Der Gewerk-

schaftsbund befürchtet eine soziale Spaltung: Ein Banker mit höherer Lebenserwartung könne sich weiter frühpensionieren lassen, eine Kassiererin müsse bis 67 arbeiten.

Befürworter und Gegner

Die Initiative wird von den Jungfreisinnigen, der Jungen SVP und der FDP unterstützt. Klar dagegen sind SP und Gewerkschaftsbund.

Wer würde profitieren?

Zunächst die jetzigen Rentner, da das Rentensystem

stabilisiert würde, ohne dass sie etwas dazu beitragen müssten. Entlastet würden auch – je jünger, desto mehr – die Erwerbstätigen, da sie die Alten weniger subventionieren würden. Aber sie müssten länger arbeiten. Mittlerweile gibts selbst bei den Initianten Überlegungen, neben der Lebensarbeitszeit auch die Anzahl der Beitragsjahre zu berücksichtigen. So könnte die Kassiererin, die durchgearbeitet hat, seit sie 18 ist, nach 44 Beitragsjahren bereits mit 62 in Rente gehen.

POLITIK. Wie finanzieren wir künftig den Ruhestand? Diese Frage wird das Wahljahr 2023 prägen. Ein Überblick über die aktuellen Reformprojekte.

Säule 3a: Mehr Steuern sparen

Darum geht es

Zwei Vorstösse sind hängig.

■ Der Obwaldner Mitte-Ständerat Erich Ettlín will per Motion erreichen, dass man neu auch nachträglich in die Säule 3a einzahlen kann. National- und Ständerat haben die Motion 2020 an den Bundesrat überwiesen, der eine Gesetzesänderung ausarbeiten muss.

■ Der Berner SVP-Nationalrat Erich Hess verlangt in einer parlamentarischen Initiative, dass der Maximalbetrag (jetzt 7056 Franken

für Unselbständige) erhöht wird auf 15 000 Franken. Der Nationalrat hat dem Vorstoss im März 2022 zugestimmt. Jetzt ist der Ständerat am Zug.

Argumente dafür

Wegen der Probleme bei AHV und Pensionskassen wird die dritte Säule wichtiger. Ettlín will es Menschen, die einige Jahre nicht erwerbstätig waren und deshalb nicht in die Säule 3a einzahlen konnten, ermöglichen, diese Lücken später wieder zu schliessen.

Hess argumentiert ähnlich: Man solle in finanziell guten Jahren mehr einzahlen können als heute.

Argumente dagegen

Da laut Bundesrat jetzt nur 13 Prozent der Steuerpflichtigen den Maximalbetrag einzahlen, bringen solche Änderungen den meisten nichts. Die Gegner stören sich vor allem an den Steuerausfällen.

Befürworter und Gegner

Die bürgerlichen Parteien - SVP, FDP und Die Mitte -

wollen die dritte Säule ausbauen. Der Bundesrat, die SP, die Grünen und die Grünliberalen lehnen das ab.

Wer würde profitieren?

Leute, die viel Einkommen versteuern. Bei Geringverdienenden wäre der Steuersparereffekt kleiner - sofern sie überhaupt mehr in die dritte Säule stecken könnten. Umgekehrt können Gutverdienende schon jetzt ausserhalb der Säule 3a Vermögen fürs Alter bilden. Einfach ohne Steuerrabatt.

13. AHV-Rente: Mehr Geld für Ältere

Darum geht es

Mit seiner Initiative will der Gewerkschaftsbund (SGB) die AHV um den Betrag einer monatlichen Rente, also um 8,33 Prozent, erhöhen. Zur Finanzierung würde es laut dem SGB genügen, den AHV-Beitragsatz von jetzt 8,7 auf 9,4 Prozent zu erhöhen oder Nationalbankgewinne zu verwenden. Der Nationalrat hat die Initiative in der Wintersession abgelehnt.

Argumente dafür

Die AHV-Renten seien zu tief, fast jede zehnte neu pensio-

nierte Person brauche heute Ergänzungsleistungen. Die Pensionskassenrenten sinken, während die Krankenkassenprämien sowie die Lebenshaltungskosten steigen. Mit einer höheren AHV liesse sich zudem mehr für Frauen tun, da die Betreuungsarbeit bei der Rente angerechnet werde.

Argumente dagegen

Den meisten Rentnerhaushalten gehe es gut, Ergänzungsleistungen erhalten nur 13 Prozent. Zudem würden die Finanzprobleme der

AHV zulasten künftiger Generationen verschärft. Und das Giesskannenprinzip führe dazu, dass der Löwenanteil der Erhöhung an die reichsten Rentnerhaushalte gehen würde.

Befürworter und Gegner

Für die Initiative sind der Gewerkschaftsbund, die SP und die Grünen. Der Bundesrat und die bürgerlichen Parteien sind dagegen.

Wer würde profitieren?

In erster Linie alle Pensionierten und jene, die bald in Rente gehen. Wenn die Finanzierung über Lohnprozente oder Steuern erfolgt - Nationalbankgewinne sind nicht garantiert -, werden vor allem diejenigen belastet, die noch lange einzahlen müssen. Zusätzlich spielt der Umverteilungsmechanismus der AHV von Reich zu Arm.

Weitere Initiativen

In der Sammelphase sind:

Die SNB-Initiative

Der Gewerkschaftsbund will Nationalbankgewinne für die Finanzierung der AHV einsetzen.

Initiative zur Abschaffung des Ehepaar-Plafonds bei der AHV

Heute erhalten Ehepaare zusammen höchstens einhalb AHV-Maximalrenten, Konkubinatspaare dagegen zwei. Die Partei Die Mitte will diese Benachteiligung von Ehepaaren abschaffen.

Die Generationeninitiative

Sie will die Umverteilung in der zweiten Säule beenden. Dazu soll das Rentenalter flexibel (auch höher) werden. Zudem soll die PK-Rente nicht mehr fixiert sein, sondern steigen oder sinken können.

MATTHIAS PFLUME



Beobachter-Buch

Martin Müller, Iwan Brot, Fritz Schiesser:

«Mit der Pensionierung rechnen»;

1. Auflage, 2021, 168 Seiten, Fr. 48.-

(für Mitglieder Fr. 38.-)

Beobachter-Edition, Tel. 058 510 73 08,

beobachter.ch/tipp